

Gespräch mit Otmar Issing in Le Figaro (27. November 2002)

Legende: In einem Gespräch mit der Tageszeitung Le Figaro verteidigt Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), die Währungspolitik seiner Einrichtung. Das Ziel der EZB, die Preisstabilität zu gewährleisten sei mittelfristig der wichtigste Beitrag der Währungspolitik zum wirtschaftlichen Wachstum. Ausgehend von der Überzeugung, dass es langfristig keine optimale Übereinstimmung zwischen den beiden Faktoren gibt, sieht Issing keinen Grund, warum die EZB ihre Mandat von der konjunkturellen Lage abhängig machen sollte.

Quelle: Le Figaro Économie. 27.11.2002. Paris: Le Figaro. "Otmar Issing: «Ni inflation ni déflation»", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/gesprach_mit_otmar_issing_in_le_figaro_27_november_2002-de-9183da55-1f8a-457a-97b0-0839508e4c75.html



Publication date: 04/08/2016

Gespräch mit Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank

Ein Gespräch mit dem Chefökonom und Direktoriumsmitglied der EZB

Otmar Issing: „Weder Inflation noch Deflation“

Mit 66 Jahren ist der in Deutschland für seine maßgeblichen Wirtschaftslehrbücher bekannte Bayer bei der Hälfte seiner Amtszeit angelangt. Otmar Issing, ehemaliger Professor an der Universität Nürnberg und Mitglied im Sachverständigenrat der „Fünf Weisen“ zur wirtschaftspolitischen Beratung der Bundesregierung, hatte von 1990 bis 1998 dieselbe Aufgabe in der Bundesbank wie die, die er heute in der EZB wahrnimmt. Mehr als jeder andere ist er davon überzeugt, dass die Preisstabilität das beste Instrument für das Wirtschaftswachstum ist und dass alles andere schlechte Ratgeber sind.

Das Gespräch in Frankfurt führte Jean-Pierre Rabin

„LE FIGARO ÉCONOMIE“: Das Euroland verzeichnet eine Inflationsrate über der 2 %-Grenze und gleichzeitig ein Wachstum, das unterhalb der potenziellen Wachstumsrate liegt. Ist das nicht ein Widerspruch?

Otmar ISSING: Es bereitet uns allerdings Sorgen, dass die Inflation im Zusammenhang mit der Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit nicht gleichermaßen nachgelassen hat. Das zeigt, dass die Entwicklung der Verbraucherpreise in der Eurozone sehr träge ist. Tatsache ist, dass die Inflationsrate, abgesehen von den Energiepreisen und den Preisen für nicht verarbeitete Lebensmittel, sechs Monate lang bei 2,6 % blieb, dann drei Monate bei 2,5 % lag und jetzt bei 2,4 %. Das zeugt von einer Unbeweglichkeit insbesondere bei den Löhnen, was sich in den Dienstleistungspreisen widerspiegelt, die schneller steigen, als sie dies in einer Konjunkturphase verlangsamten Wachstums sollten.

Die EZB muss die möglichen Unterschiede zwischen Ländern nicht berücksichtigen. Trotzdem liegt die Inflationsrate in den Ländern, die 80 % des BIP in der Eurozone ausmachen, bei 1,7 %, während die Inflationsrate in den übrigen 20 % bei 2,5 % liegt. Stellt dies nicht ein Problem für die Währungspolitik dar?

Für die Währungspolitik ist das kein Problem. Unser Mandat betrifft die gesamte Eurozone. Für 80 % des BIP der Eurozone liegt die Inflation dicht am allgemeinen Durchschnitt. Die Abweichungen, die beobachtet werden können, betreffen hauptsächlich die kleineren Länder. In diesen Fällen ist die jeweilige Regierung gefordert. Die Währungspolitik kann da nichts ausrichten.

Die EZB zeigt mit dem Finger auf die Länder mit den größten Haushaltsdefiziten, was bei den größten Inflationssündern nicht der Fall ist. Wieso eine so unterschiedliche Behandlung?

Wir haben bei mehreren Gelegenheiten gesagt, dass die Länder mit hohen Inflationsraten etwas unternehmen müssen, entweder durch eine strengere Haushaltspolitik oder indem sie ihre Märkte flexibler gestalten und den Wettbewerb erhöhen.

Le FIGARO ÉCONOMIE: Der EZB wird oft vorgeworfen, sich einzig um die Preisstabilität zu sorgen. Trotzdem ist Artikel 2 des Vertrags, der das Mandat definiert, weniger einseitig als angenommen. Welches ist Ihre Interpretation?

Otmar ISSING: Unsere Interpretation des Mandats und unsere Politik stimmen miteinander überein. Wir sind der Meinung, dass eine kontrollierte Inflation den größtmöglichen Beitrag der Währungspolitik zum Wirtschaftswachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen darstellt. Wenn Sie beispielsweise sehen, dass der private Verbrauch der Hauptfaktor der Nachfrage ist, dann wird klar, dass der Verbrauch vom realen Einkommen der Bevölkerung und damit von der Inflationsrate abhängt. Die Kontrolle der Preise trägt somit zur Stärkung der Nachfrage bei. Aber das Mandat der EZB impliziert weder einen „trade off“ zwischen

Wachstum und Preisstabilität, noch, dass die Inflation ein Wachstumsfaktor ist. Wir sind vom Gegenteil überzeugt.

Das Mandat der amerikanischen Fed beauftragt diese, sowohl über das Wachstum als auch über die Inflation zu wachen. Darin unterscheidet es sich von dem der EZB ...

Es wurde oftmals vorgeschlagen, der Fed ein expliziteres Mandat zu geben, das schließlich dem unseren näher wäre. Es muss daran erinnert werden, dass das Mandat der EZB Anfang der 90er Jahre definiert wurde. Ich bin mir sicher, dass der Text, der die Fed reglementiert, dem unsrigen ähnlicher wäre, wenn er damals verfasst worden wäre.

Viele Beobachter glauben, dass die Weltwirtschaft wegen des internationalen Wettbewerbs langfristig vor einer Deflationsgefahr steht, dass die Inflation kein wirkliches Problem mehr darstellt. Müsste das Mandat der EZB nicht dementsprechend geändert werden?

Ein Mandat darf nicht entsprechend einer konjunkturellen Lage ausgearbeitet werden. Das Mandat der EZB muss keine stetig wiederkehrende Situation widerspiegeln, sondern eine echte Überzeugung zum Ausdruck bringen, nach der es langfristig keinen „trade off“ zwischen Preisstabilität, Wachstum und Beschäftigung gibt. Dies steht in unserem Mandat, dem zufolge die Preisstabilität sichergestellt und sowohl die Inflation als auch die Deflation verhindert werden sollen: Es ist glasklar, dass die Preisstabilität keine asymmetrische Aufgabe ist.

Wie kann man heute rechtfertigen, dass es eine Abweichung von 200 Basispunkten zwischen den Leitzinssätzen von Fed und EZB gibt?

Was Sie Abweichung nennen, stellt für unsere Währungspolitik kein Problem dar. Es ist vielleicht ein Faktor, den die Investoren in ihren Beziehungen berücksichtigen. Für eine Zentralbank kann dieser Punkteunterschied keine Zielsetzung und kein Entscheidungselement sein. Die Fed bewertet die Lage der amerikanischen Wirtschaft, die EZB macht dasselbe für die Eurozone und dementsprechend handeln wir. Was Sie Punkteabstand nennen, ist nur das Ergebnis von Entscheidungen und keinesfalls ein Ziel.

Ist die Situation hinsichtlich der Inflation derart unterschiedlich in den beiden Kontinenten?

Das Inflationsrisiko in den Vereinigten Staaten ist derzeit geringer. Die amerikanische Wirtschaft reagiert schneller auf Wachstumsrückgänge. Das ist eine erwiesene Tatsache.

Spielt die Tatsache, dass das potenzielle Wachstum in den USA größer ist, eine Rolle? Wie hoch schätzen Sie dieses Wachstum in der Eurozone ein?

Das ist eine schwierige Rechenaufgabe. Man kann aber eine Größenordnung angeben, die wir, wie übrigens auch andere Institute, zwischen 2 % und 2,5 % ansiedeln. Vor zwei Jahren hatten wir angenommen, dass das potenzielle Wachstum größer sein könnte, diese Hoffnung wurde jedoch nicht bestätigt. Sie erkennen das Problem richtig: Ein solcher Satz ist unzureichend, aber Tatsache ist, dass die Strukturreformen zu dessen Verbesserung keine Fortschritte gemacht haben.

Man kann von einem Land zum anderen enorme Unterschiede in Bezug auf Wachstum und Arbeitslosigkeit feststellen, als ob einige mehr von der Währungsunion profitierten als andere.

Zwei Phänomene spielen dabei eine Rolle. Einerseits waren einige in ihrer Entwicklung im Rückstand und wussten von den Möglichkeiten der EU zu profitieren. Das ist ganz besonders deutlich im Fall Irland, das vor 15 Jahren das „arme Land“ Europas war und das heute hinsichtlich Pro-Kopf-Produktion über dem Durchschnitt liegt. Andererseits können die Zahlen für das potenzielle Wachstum von Land zu Land unterschiedlich ausfallen, weil einige die Funktionsweise ihrer Wirtschaft nicht reformieren konnten, was doch für ihre Bevölkerung nur von Vorteil sein könnte.

Die Mobilität der Bevölkerung zwischen den verschiedenen Regionen ist von wesentlicher Bedeutung für das gute Funktionieren einer Währungsunion. Ist diese in Europa nicht zu gering?

Wenn man von den USA ausgeht – ich spreche vor allem auf das Phänomen der Mobile-Homes an –, so ist das nicht Teil der europäischen Kultur. Ganz abgesehen von den Sprachbarrieren wird die Mobilität immer beschränkt bleiben. Sie ist es übrigens auch innerhalb der einzelnen Staaten. Dagegen sind die hoch qualifizierten Personen bereits heute sehr viel mobiler. Außerdem erleichtert eine Währungsunion die Mobilität des Kapitals beträchtlich. Darum ist es wichtig, dass jedes Land sich anpassen kann, um Investoren anzuziehen. Sobald die Arbeitskraft wenig mobil ist, müssen der Arbeitsmarkt und die Gehälter flexibel genug sein. Das liegt in der Verantwortung jeder Regierung sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Einige behaupten, dass die Zinssätze in Deutschland heute niedriger wären, wenn die Bundesbank ihre Souveränität bewahrt hätte ...

Diese Frage ist völlig daneben. Die Aufgabe der EZB ist die Preisstabilität für die gesamte Eurozone, das ist unser Auftrag und dementsprechend handeln wir.

Macht die EZB nicht manchmal den Eindruck, dass sie als eine noch junge Institution allzu bedacht darauf ist, ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen, und deswegen nicht entschlossen genug handelt?

Die Glaubwürdigkeit ist das oberste Gesetz einer jeden Zentralbank auf der Welt. Eine Währung ist Vertrauenssache, Vertrauen in die emittierende Institution, Vertrauen in die Währung. Und ganz besonders in einer Gesellschaft mit einer alternden Bevölkerung müssen die Sparer die Gewissheit haben, dass ihre Ersparnisse ihren Wert behalten. Das Vertrauen in die Preisstabilität geht weit über das Währungsproblem an sich hinaus. Es geht um das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen an sich.

Gibt es ein objektives Kriterium für die Glaubwürdigkeit, einen Maßstab?

Was entscheidend ist, sind die Inflationsprognosen für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Das spiegeln die langfristigen Zinssätze auf den Finanzmärkten wider und das ist nicht nur das Argument der großen Investoren, sondern auch bei allen Sparern. Wir sind sehr bedacht darauf, dass die Inflation für die Menschen kontrolliert wird und dass die 2 %-Grenze auf lange Frist eingehalten wird.

Ist das nicht ein zu eng gefasstes Ziel, wäre es nicht besser, einen breiteren Inflationskorridor zwischen 0 und 3 % zu definieren?

Wir haben keinen Korridor. Unser Ziel ist die Preisstabilität und das Halten der Inflation unter 2 %. Wie wir immer wieder betonen, handelt es sich dabei um ein mittelfristiges Ziel. Und bei einem Preisschock, beispielsweise im Falle einer plötzlichen Lebensmittelpreiserhöhung, wird es nicht unser Ziel sein, die Inflation sofort unter 2 % zu bekommen.

Sollte sich eine Zentralbank um die Preise von Finanzanlagen und Immobilien kümmern?

Die Instabilität der Finanz- und Immobilienmärkte ist etwas sehr Wichtiges aufgrund ihrer Auswirkungen auf die Realwirtschaft und die Preisstabilität. Wir verfolgen diese Entwicklungen anhand einer gewissen Anzahl von Indikatoren. Aber es handelt sich um einen Bereich, bei dem ein währungspolitisches Ziel unmöglich gesetzt werden kann. Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung der Finanz- und Immobilienmärkte sich über die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen von Geld- und Kreditvolumen artikuliert. Implizit wird das in unseren Entscheidungen mitberücksichtigt.

Hat die öffentliche Meinung nicht die Tendenz, zuviel von einer Zentralbank zu erwarten?

Sicherlich, und das ist ein grundlegender Punkt. Unsere größte Herausforderung ist es, das Vertrauen der

europäischen Bevölkerung in ihre Währung zu gewinnen, ohne gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, dass die Währungspolitik eine Lösung für alle wirtschaftlichen Probleme bereithält.

Macht die Tatsache, dass die EZB keine Bundesregierung als Gegenüber hat, die Aufgabe komplizierter?

Es ist schwierig, darauf eine einfache Antwort zu geben. Solange es einen finanziellen Rahmen gibt, der die Haushaltspolitiken der einzelnen Länder miteinander in Verbindung bringt und sie regelt, ist dies für die Währungspolitik ausreichend. Die Währungsunion kann ohne europäischen Staat funktionieren. Es stellt sich eher die Frage, inwiefern sich die Europäer mit einem System identifizieren können, das nur durch eine Währung repräsentiert wird. Trotzdem gibt es schon viele gemeinsame Institutionen. Was mich mehr beunruhigt, ist die Frage der Flexibilität. Die Arbeitsmärkte müssen flexibel genug sein, sonst können die Volkswirtschaften nicht auf die Währungspolitik reagieren, die per se für alle Länder dieselbe ist.

Das Gespräch führte J.-P. R.

Die Europäische Zentralbank – der ideale Sündenbock

Jean-Pierre Robin

Die Vereinigten Staaten verzeichnen nach neuesten Schätzungen im dritten Quartal ein Wirtschaftswachstum von 4 %, während es die Eurozone, deren Ergebnisse noch nicht vorliegen, nur mit Schwierigkeiten auf 1 % bringen wird. Dabei entspricht ein solcher Abstand quasi der Differenz zwischen den Leitzinssätzen der EZB und der amerikanischen Fed.

Diese verkürzte Logik kommt immer häufiger und vielerorts zum Ausdruck. Die Europäische Zentralbank ist hervorragend als Sündenbock für unsere Schwierigkeiten geeignet.

Eine Woche vor der Sitzung des EZB-Gouverneursrates am 5. Dezember ist der Prozess bereits in vollem Gange. Sicherlich ist damit zu rechnen, dass die Leitzinsen gesenkt werden, und Otmar Issing gibt dazu in unserem Interview neue Hinweise. Zu spät und nicht ausreichend, sagen die Euroskeptiker.

Für Letztere gilt zunächst, dass die Zinssätze, wenn die Bundesbank die Verantwortung für die deutsche Währungspolitik hätte, angesichts der schweren Konjunkturschwäche in Deutschland niedriger wären. Darauf antwortet die EZB, dass sie ihre Zinssätze im Hinblick auf eine Gesamtlage festlegt und insbesondere mit Blick auf das Risiko einer Konjunkturüberhitzung, von der bestimmte Länder bzw. Sektoren betroffen sind. Aber ist nicht gerade dies der Beweis dafür, dass die europäischen Länder keine einheitliche Wirtschaftslandschaft formen und dass eine gleichförmige Währungspolitik nicht die richtige Antwort ist?

Weitere Kritik zielt auf das Mandat der EZB, dessen ausschließliches Ziel die Preisstabilität sei, auf Kosten jeglicher Bemühungen um Wachstum. Man muss nur Artikel 2 des Vertrags über das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) lesen, um festzustellen, dass dieses Mandat nicht so einseitig ist, wie es immer heißt: *„Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft“*.

Die beiden wirklichen Schwierigkeiten sind grundlegender Natur. Einerseits müsste die europäische Öffentlichkeit begreifen, dass eine Währung nicht Antwort auf alle wirtschaftlichen Probleme hat. Und andererseits gibt es einen Widerspruch, wenn sich Länder an einer Einheitswährung beteiligen, ihre Souveränität und ihre Besonderheiten aber behalten: Jeder muss sich da anpassen.